

ZIMBABWE 2022

Das Recht auf freie Meinungsäußerung wurde durch das Gesetz über Cyberkriminalität bedroht, das zur Verhaftung von Journalist_innen eingesetzt wird. Der Gesetzentwurf zur Änderung des Gesetzes über private Freiwilligenorganisationen würde im Falle seiner Verabschiedung das Recht auf Vereinigungsfreiheit aushöhlen. Mitglieder und Anhänger_innen der wichtigsten Oppositionspartei wurden bei politischen Kundgebungen gewaltsam angegriffen, wobei mindestens zwei Menschen ums Leben kamen. Studierende wurden verhaftet, weil sie gegen hohe Gebührenerhöhungen protestiert hatten, und die Regierung setzte das Gesetz zur Verfolgung von Mitgliedern der politischen Opposition ein. Zwei junge Männer wurden im August bei verschiedenen Vorfällen von Vollzugsbeamt_innen unrechtmäßig getötet. Die Behörden ergriffen Maßnahmen, um die Ausbreitung eines Masernausbruchs einzudämmen, der zum Tod von Hunderten von Kindern führte. Es wurden Gesetze zum Verbot von Früh- und Kinderheirat erlassen.

Meinungs-, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit

Die Rechte auf freie Meinungsäußerung, Vereinigungsfreiheit und friedliche Versammlung waren zunehmend bedroht. Journalist_innen wurden auf der Grundlage des Gesetzes über Cyberkriminalität verhaftet, das Gesetz zur Änderung des Gesetzes über private Freiwilligenorganisationen (PVO) wurde im Parlament eingebracht, und Mitglieder und Anhänger der Bürgerkoalition für den Wandel (CCC), der wichtigsten Oppositionspartei, wurden während der Nachwahlen zum Parlament und zu den Kommunalverwaltungen im März eingeschüchtert, belästigt und tätlich angegriffen.

Zwischen August und September waren drei Journalisten die ersten, die auf der Grundlage des neuen Cyber- und Datenschutzgesetzes, das im Dezember 2021 in Kraft getreten war, verhaftet wurden. Wisdom Mdzungairi, der Chefredakteur von Alpha Media Holdings und Herausgeber der Zeitung NewsDay, und Desmond Chingarande, ein leitender Reporter bei NewsDay, wurden auf die zentrale Polizeistation von Harare vorgeladen. Sie wurden im Zusammenhang mit einem Bericht befragt, den sie über ein privates Unternehmen veröffentlicht hatten, von dem angenommen wird, dass es von Personen mit Verbindungen zur Regierung geführt wird. Sie wurden wegen der Übermittlung "falscher Daten mit der Absicht, Schaden anzurichten" angeklagt und drei Stunden später wieder freigelassen, nachdem ihr Anwalt den Beamt_innen versichert hatte, dass sie bei Bedarf für weitere Befragungen zur Verfügung stehen würden.

Am 29. September wurde der freiberufliche Sportjournalist Hope Chizuzu unter denselben Vorwürfen verhaftet, nachdem Vorstandsmitglieder des Dynamos Football Club Anzeige gegen ihn erstattet hatten. Das Mobiltelefon und das iPad von Hope Chizuzu wurden beschlagnahmt und von der Polizei für "weitere Untersuchungen" einbehalten. Er wurde noch am selben Tag wieder freigelassen, nachdem die Polizei ihn verwarnt und ihm mitgeteilt hatte, dass er demnächst vor Gericht erscheinen müsse.

Im Juni brachte der Minister für den öffentlichen Dienst, Arbeit und soziale Wohlfahrt das Gesetz zur Änderung der PVO ins Parlament ein. Die darin enthaltenen Bestimmungen bedrohten das Recht auf Vereinigungsfreiheit und die Existenz zivilgesellschaftlicher Organisationen und ihrer Aktivitäten. Klausel 2 räumt dem Minister einen weitreichenden Ermessensspielraum ein, um Organisationen zu benennen, die "einem hohen Risiko des Missbrauchs durch terroristische Organisationen ausgesetzt sind". Die PVO und ihre

Vertreter_innen hätten jedoch kein Mitspracherecht bei der Bewertung ihrer Gefährdung. Klausel 5 sieht die Löschung der Eintragung einer PVO vor, wenn festgestellt wird, dass sie sich an politischen Aktivitäten beteiligt. Diese Bestimmung würde eine besondere Gefahr für Organisationen darstellen, die sich für die Verteidigung der Menschenrechte einsetzen.

Das Recht auf friedliche Versammlung wurde ständig verletzt und untergraben, da die Polizei und Anhänger_innen der Regierungspartei Zimbabwe African National Union - Patriotic Front (Zanu-PF) die politischen Kundgebungen der CCC-Partei störten und ihre Mitglieder angriffen. Am 27. Februar stürte eine Bande von Zanu-PF-Jugendlichen, die angeblich mit Macheten, Bierflaschen, Eisenstangen, Speeren und Ziegelsteinen bewaffnet war, eine CCC-Kundgebung in Kwekwe und versuchte, die Teilnehmenden an der Teilnahme zu hindern. Mboneni Ncube, ein 30-jähriger CCC-Anhänger, starb, nachdem er niedergestochen wurde, und mindestens 17 weitere Personen wurden bei dem Angriff schwer verletzt. Auf einer Zanu-PF-Kundgebung im Mbizo-Stadion in Kwekwe am Vortag warnte der simbabwische Vizepräsident Constantino Chiwenga eindringlich, dass die Zanu-PF die Partei [CCC] "wie Läuse zerquetschen" werde.

Am 17. März wurde Godfrey Karembera, ein CCC-Anhänger, im Vorfeld der Nachwahlen zum Parlament in der Hauptstadt Harare von Angehörigen der Zimbabwe Republic Police (ZRP) angegriffen. Die ZRP rechtfertigte den Angriff in einer Erklärung, in der es hieß, er habe sich "an nicht genehmigten politischen Aktivitäten im zentralen Bezirk von Harare beteiligt".

Am 12. September verhaftete die Polizei 14 Studierende der Universität von Simbabwe, nachdem sie mit friedlichen #FeesMustFall-Demonstrationen gegen die drastischen Studiengebührenerhöhungen der Universität protestiert hatten. Zwölf von ihnen wurden am späten Abend des 13. September wieder freigelassen, nachdem sie Geldstrafen in Höhe von umgerechnet 3,31 USD bezahlt hatten. Die beiden anderen erschienen am 14. September vor Gericht und wurden gegen Kautionsfreigelassen. Fünf weitere Studenten wurden am 14. September verhaftet, auf die Polizeiwache Avondale gebracht und wegen "ungebührlichen Verhaltens" angeklagt.

Willkürliche Inhaftierung

Die Behörden setzten das Gesetz zur Verfolgung von CCC-Mitgliedern und -Anhänger_innen ein, indem sie sie willkürlich festnahmen, unrechtmäßig inhaftierten und unfairen Gerichtsverfahren unterzogen. Am 6. Februar verhaftete die Polizei 10 Parteianhänger_innen in Mkoba, Gweru, während einer Roadshow zur Stimmenwerbung im Vorfeld der Nachwahlen. Sie wurden zwei Tage später ohne Anklage freigelassen.

Am 14. Juni wurden die beiden CCC-Abgeordneten Job Sikhala (auch Parteivorsitzender) und Godfrey Sithole (Abgeordneter für Chitungwiza Nord) verhaftet und wegen Anstiftung zur Gewalt bei der Totenwache von Moreblessing Ali in Nyatsime, Chitungwiza, angeklagt. Moreblessing Ali war eine Parteiaktivistin, die am 24. Mai in Nyatsime entführt worden war, angeblich von einem Zanu-PF-Anhänger. Im Juni wurde ihre Leiche in einem Brunnen entsorgt. Die Polizei beschuldigte Job Sikhala, die Parteianhänger_innen auf der Totenwache zu Gewalt angestachelt zu haben, um ihren Tod zu rächen, nachdem er die Erklärung der Familie über die Umstände ihres Todes verlesen hatte. Vierzehn weitere CCC-Mitglieder, die an der Totenwache teilnahmen, wurden ebenfalls verhaftet. Den "Nyatsime 16", wie sie genannt wurden, wurde eine Kautions verweigert, als sie vor dem Amtsgericht erschienen, und ihnen wurde der Zugang zu ihren Anwälten_innen verweigert, als sie in Untersuchungshaft

waren. Nach mehreren Einsprüchen bei den unteren und oberen Gerichten wurde Godfrey Sithole am 10. November von einem Richter in Harare eine Kaution in Höhe von umgerechnet 470 USD gewährt. 14 weitere Personen wurden am 15. November vom Obersten Gerichtshof gegen eine Kaution von umgerechnet 78 USD freigelassen, nachdem sie mehr als 150 Tage in Haft verbracht hatten. Job Sikhala befand sich jedoch weiterhin in Haft, und sein Verfahren war am Ende des Jahres noch nicht abgeschlossen.

Auch Mitglieder von zivilgesellschaftlichen Gruppen wurden willkürlich verhaftet. Am 8. Februar verhaftete die Polizei 10 Mitglieder des Zimbabwe Election Support Network in Mbare, Harare. Sie wurden auf dem Polizeirevier Mbare festgenommen, weil sie ohne offizielle Genehmigung Wähleraufklärung betrieben hatten, und später ohne Anklage wieder freigelassen. Am 8. Juli wurde Obert Masaraure, der Vorsitzende der Amalgamated Rural Teachers Union of Zimbabwe (ARTUZ), von ZRP-Beamten festgenommen und wegen Anstiftung zu öffentlicher Gewalt angeklagt, nachdem er einen Tweet veröffentlicht hatte, in dem er die Freilassung seines ARTUZ-Kollegen Robson Chere forderte. Robson Chere war am 5. Juli verhaftet und des Mordes an einem ARTUZ-Kollegen im Jahr 2016 angeklagt worden, ein Vorwurf, wegen dem Obert Masaraure zuvor selbst verhaftet worden war und wegen dem die Anklagen gegen ihn noch ausstanden. Im Zusammenhang mit den Anschuldigungen im Zusammenhang mit seinem Tweet wurde Obert Masaraure am 4. August vom Obersten Gerichtshof in Harare gegen eine Kaution in Höhe von umgerechnet 107 USD freigelassen, nachdem ihm eine Kaution von einem Amtsgericht verweigert worden war.

Ungesetzliche Tötungen

Am 17. August wurde Tawanda Zvinowanda von ZRP-Beamten im Gewahrsam getötet, nachdem er am Morgen wegen des Verdachts auf Raub festgenommen worden war. Er wurde in seinem Haus in Chitungwiza, Provinz Mashonaland East, von drei Polizeibeamten der Kriminalpolizei in Zivil festgenommen. Nach dem Zeugenbericht seiner Frau wurde er vor seiner Verhaftung von den drei Beamten brutal geschlagen; anschließend wurden ihm Handschellen angelegt und er wurde in den Kofferraum eines Fahrzeugs geworfen. Die Polizeibeamten informierten weder ihn noch seine Familie über die Gründe für seine Verhaftung. Als seine Familie auf der örtlichen Polizeistation in Makoni nach ihm suchte, sagten die Beamten, sie hätten keine Unterlagen über ihn. Am Morgen des 18. August wurde seine Familie darüber informiert, dass er am 17. August auf dem Friedhof Unit L in Chitungwiza verstorben war, wohin er von Polizeibeamten gebracht worden war, um ein angebliches Waffenversteck zu finden. Obwohl er zu diesem Zeitpunkt in Handschellen lag, behauptete die Polizei, er habe auf dem Friedhof versucht, einen Beamten mit einer Machete zu schlagen, woraufhin dieser ihn erschossen habe.

Am 20. August wurde Levy Musendo, der an einer psychischen Erkrankung litt, von Mitgliedern der Präsidentengarde (einer Militäreinheit) getötet, nachdem er beschuldigt worden war, versucht zu haben, in das State House, die offizielle Residenz des Präsidenten, in Harare einzubrechen. Levy Musendo verließ am 19. August sein Haus in Mufakose, und als er nicht zurückkehrte, gab seine Familie eine Vermisstenanzeige auf. Am nächsten Morgen meldete sich ein nicht identifizierter Polizeibeamter bei der Familie und teilte ihr mit, dass Levy Musendo verhaftet worden sei und sich auf dem zentralen Polizeirevier von Harare befinde. Als sie an diesem Morgen zur Polizeistation gingen, konnten sie ihn jedoch mehrere Stunden lang nicht finden. Schließlich teilten die Beamten ihnen mit, dass er "mit schweren Verletzungen ins Parirenyatwa-Krankenhaus gebracht worden war und stark aus Nase und Mund blutete". Die Krankenschwestern im Krankenhaus teilten der Familie mit, dass Levy

Musendos Leiche von uniformierten Militärangehörigen gebracht worden sei, die sie davor gewarnt hätten, bei seiner Ankunft im Krankenhaus zu verraten, dass er tot sei. Seine Eltern beschuldigten die Polizei und die Beamt_innen der Präsidialgarde, den Mord an ihrem Sohn vertuschen zu wollen. Am 25. August gab die Polizei bekannt, dass sie den Todesfall untersuchte.

Recht auf Gesundheit

Im April meldete das Ministerium für Gesundheit und Kinderfürsorge einen Ausbruch der Masern im Bezirk Mutasa in der Provinz Manicaland. Das Virus breitete sich auf andere Gebiete aus und tötete mehr als 750 Kinder unter fünf Jahren. Die Regierung und ihre Partner UNICEF und WHO reagierten auf den Ausbruch, indem sie in den apostolischen Religionsgemeinschaften das Modell der "Social and Behaviour Change Communication" einführten, um das Verständnis für und den Zugang zu modernen Gesundheitsdiensten und -behandlungen zu verbessern. Die Behörden leiteten außerdem Notimpfungs- und Auffrischungsimpfungsprogramme gegen Masern für mehr als 2 Millionen Kinder unter fünf Jahren ein.

Rechte der Kinder

Im März wurde das Gesetz zur Änderung des Ehegesetzes, das Früh- und Kinderheirat verbietet, vom Parlament verabschiedet. Nach Angaben von Zimstat, der nationalen Statistikbehörde, waren 33,7 % der Mädchen unter 18 Jahren verheiratet, während nur 2 % der Jungen vor Erreichen des Alters von 18 Jahren verheiratet wurden.